Bitte um Erläuterung der Antworten zur Anfrage AF/086/2020

Sehr geehrte Frau Landrätin,

Vielen Dank für die Beantwortung der Anfrage 086/2020. Ihre Ausführungen werfen zahlreiche Fragen auf, die wichtiger Klarstellungen bedürfen.

Sie führten in Ihrer Antwort auf die Anfrage AF/086/2020 u.a. folgendes aus:

„Aus Sicht der Verwaltung gibt es zur Durchführung von Video- bzw. Audiositzungen Bedenken, da diese nur zulässig sind, wenn es gewährleistet ist, dass alle Sitzungsteilnehmer während der Sitzung ständig und gleichzeitig an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen können. Neben technischen Problemen kann es auch zu individuellen Bedienungsproblemen kommen, die im Ergebnis die Rechtmäßigkeit der gefassten Beschlüsse infrage stellen könnten.“

Der Ordnungsgeber hat die Verordnung zur Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit der kommunalen Organe in außergewöhnlicher Notlage erlassen. Begründung für das vorgelagerte Gesetz: „Die sich ausbreitende Pandemie SARS-CoV-2 führt in der Praxis dazu, dass momentan in Brandenburg nur sehr vereinzelt Sitzungen der kommunalen Vertretungskörperschaften stattfinden. In den meisten Kommunen treten kommunale Mandatsträger aktuell nicht mehr zusammen. Präsenzsitzungen und notwendige Beschlussfassungen der Kollegialorgane können aufgrund dessen zum überwiegenden Teil nicht in gewohnter Art und Weise erfolgen. Bei Hauptverwaltungsbeamtinnen und Hauptverwaltungsbeamten sowie bei kommunalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern bestehen in Anbetracht der Auswirkungen der Pandemie entsprechende Unsicherheiten hinsichtlich der Durchführung ordnungsgemäßer Sitzungen und Beschlussfassungen.“

Ein wesentlicher Hinderungsgrund für eine Teilnahme war die Sorge vor einer Ansteckung, insbesondere von Angehörige von Risikogruppen, bei bzw. in Verbindung mit einer Gremiensitzung, weshalb viele Teilnehmer ihre Teilnahme absagten, wie Medien berichteten, trotz der üblichen Massnahmen wie Abstände von min. 1,5m einzuhalten, Handhygiene und Mundschutz.

Um solche Schwierigkeiten zu vermeiden erlaubt die erlassene Notverordnung Ausnahmen von der Kommunalverfassung und hier die Abhaltung von Kreistags- bzw. Kreisausschusssitzungen als Video- oder Audiositzungen. Verbunden damit die Bestimmung dass: „wenn es gewährleistet ist, dass alle Sitzungsteilnehmer während der Sitzung ständig und gleichzeitig an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen können“. Ihr Hinweis dazu ist: „Neben technischen Problemen kann es auch zu individuellen Bedienungsproblemen kommen, die im Ergebnis die Rechtmäßigkeit der gefassten Beschlüsse infrage stellen könnten.“ Wer sich Ihrer Interpretation anschliesst wird also zwangsläufig keine Video-oder Audiositzungen des Kreistages der des Kreisausschusses anberaumen können, ohne die Rechtmässigkeit gefasster Beschlüsse zu gefährden, da niemand , auch wenn sie noch so selten sein mögen, „technische Probleme“ ausschliessen kann. Und was die „individuellen Bedienfehler“ anbelangt: Es geht um teilnehmen können

und Bedienfehler, die ja von bewusstem Abschalten nicht zu unterscheiden sind, können sie der Durchführung solcher Konferenzen angelastet werden?

In Summe ist nach Ihrer Interpretation die Einhaltung der Bestimmungen der §§ 6 und 7 BbgKomNotV nicht erfüllbar. Im Ergebnis hätte der Verordnungsgeber die Erlaubnis zur Abhaltung von Video oder Audiositzungen undurchführbar gemacht.

Haben Sie dies dem Innenminister vorgetragen?

Hat denn nicht der Verordnungsgeber auch eine Überwindung der von Ihnen genannten Schwierigkeiten ermöglicht durch folgende Bestimmung: „§ 4 (1):Sie können Beschlüsse über Beratungsgegenstände, welche in dem Verfahren nach den §§ 5 bis 7 behandelt wurden oder bei denen im Rahmen einer Sitzung auf eine Vorberatung verzichtet wurde, auch im schriftlichen Umlaufverfahren fassen“.

Sollten also technische Probleme auftreten, kann die Beschlussfassung in einem Umlaufverfahren durchgeführt werden.

Die technische Zuverlässigkeit der Video- oder Audio-Sitzungen zu gewährleisten wäre im Übrigen Aufgabe der Kreisverwaltung. Ich nehme zur Kenntnis, dass sich die Landrätin dazu nicht in der Lage sieht. Tag-täglich erleben wir, dass Entscheidungen auf höchster politischer Ebene in Video-Konferenzen getroffen werden. Immerhin ist in der BbgKomNotV auch dafür eine Bestimmung enthalten: §4, (1): „Audiositzungen sollen nur dann durchgeführt werden, wenn eine Videositzung technisch nicht umsetzbar ist.“ Es wäre ein höchst bedauerliches Zeichen, wenn die Landrätin selbst Audio-Sitzungen, die seit vielen Jahrzehnten Gang und Gäbe sind, nicht ermöglichen könnte.

Nach wie vor sehe ich meine Frage: „Ist die Durchführung von Gremiensitzungen nach der Verordnung auch als Video- oder Audiositzung gewährleistet?“ nicht eindeutig beantwortet.

Wie sehen Sie die Durchführung von Video- oder Audiokonferenzen für nicht beschliessende Ausschüsse?

Es wäre eine gute Gelegenheit, hier Video-oder Audiositzungen zu üben, damit der Landkreis Anschluss an die heutige Zeit findet. Auch nach Auslaufen der Notverordnung könnte damit der Anfang für eine Sitzungsdigitalisierung gemacht werden, die hoffentlich Eingang in die notwendige Modernisierung der Kommunalverfassung findet.

Sie führten zur Frage

„Im Falle einer Präsenzsitzung: Sind die Teilnehmer (§31 BbgKVerf) gegen Infektionsrisiken durch das Corona-Virus (SARS-CoV-2) während der Sitzung bzw. ihres Aufenthalts auf dem Gelände der Kreisverwaltung zuverlässig geschützt? Wie? Besteht ein Restrisiko?“

folgendes aus:

„Sollten Präsenzsitzungen gemäß § 5 BbgKomNotV durchgeführt werden, so werden die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen, dass der im § 12 SARSCoV-2-Eindämmungsverordnung (SARS-CoV-2-EindV) vorgegebene Mindestabstand von 1,5 m

zwischen Personen in der Sitzanordnung eingehalten wird. Weiterhin werden in diesem Fall zusätzliche hygienische Maßnahmen wie z. B. die Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Masken getroffen, so dass das Restrisiko noch einmal deutlich minimiert wird.“

Woran machen Sie das fest?

Die von Ihnen angeführten Massnahmen sind allgemeiner Standard und die von Ihnen behauptete „noch einmal deutlichen Minimierung des Restrisikos“ erweckt den Eindruck, dass für die Teilnehmer an einer Präsenzsitzung keine nennenswerte Infektionsgefahr besteht.

Das ist keineswegs der Fall. Es handelt sich nicht um eine Minimierung, sondern allenfalls um eine Verminderung der Ansteckungsgefahr. So dürfen beispielsweise bei gleichen Schutzmassnahmen Risiko-Personen wie Lehrer*innen oder Kita-Erzieher*innen nicht arbeiten, weil signifikante Gefahren für deren Gesundheit trotz der Massnahmen bestehen. Hier müssten also viel weitergehende Massnahmen (wie Vollschutz) getroffen werden, um diesen Personen einen adäquaten Schutz zu verschaffen.

Da Sie dies nicht vorsehen ist das verbleibende Restrisiko ein Hinderungsgrund für diesen Personenkreis für die Teilnahme an den Gremiensitzungen als Präsenzsitzungen und damit ein Anfechtungsgrund. Eben deswegen wurde die Verordnung erlassen, um die Funktionsfähigkeit der Kommunalen Gremien abzusichern.

Sie nahmen in Beantwortung meiner Frage

Regelmäßig nehmen Beschäftigte des Landkreises an Gremiensitzungen als Präsenzsitzung teil, z.B. wegen § 29 oder § 53 BbgKVerf. Wenn diese dabei eine Infektion durch das Virus erleiden: Ist dies eine Erkrankung oder ein Arbeitsunfall? Im letzteren Falle: Welche besonderen Maßnahmen ergreift die Landrätin als Arbeitgeber zum Schutze ihrer Mitarbeiter*Innen und wer überwacht dieses? Ist es ein Verstoß gegen Dienstpflichten, wenn sich Mitarbeiter*Innen wegen Infektionsgefahr einer Teilnahme an einer Präsenzsitzung entziehen?“

Bezug auf die -CoV-2-Arbeitsschutzstandards des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 16.04.2020.

In diesem Zusammenhang folgende Fragen:

Wie wurden folgende Bestimmungen (kursiv) in der Kreisverwaltung umgesetzt?

Die Verantwortung für die Umsetzung notwendiger Infektionsschutzmaßnahmen trägt der Arbeitgeber entsprechend dem Ergebnis der Gefährdungsbeurteilung. Der Arbeitgeber hat sich von den Fachkräften für Arbeitssicherheit und Betriebsärzten beraten zu lassen sowie mit den betrieblichen Interessensvertretungen abzustimmen.

Büroarbeit ist nach Möglichkeit im Homeoffice auszuführen. Andernfalls sind für Büroarbeitsplätze die freien Raumkapazitäten so zu nutzen und die Arbeit so zu organisieren, dass Mehrfachbelegungen von Räumen vermieden werden können bzw. ausreichende Schutzabstände gegeben sind.

Büroarbeiten sind nach Möglichkeit im Homeoffice auszuführen, insbesondere, wenn Büroräume von mehreren Personen mit zu geringen Schutzabständen genutzt werden müssten. Homeoffice kann auch einen Beitrag leisten, Beschäftigten zu ermöglichen, ihren Betreuungspflichten (z.B. Kinder oder pflegebedürftige Angehörige) nachzukommen. Auf der Themenseite der Initiative Neue Qualität der Arbeit (www.inqa.de) sind Empfehlungen für Arbeitgeber und Beschäftigte zur Nutzung des Homeoffice aufgelistet.

Ausreichende Reinigung und Hygiene ist vorzusehen, ggf. sind die Reinigungsintervalle anzupassen. Dies gilt insbesondere für Sanitäreinrichtungen und Gemeinschaftsräume.

Regelmäßiges Lüften dient der Hygiene und fördert die Luftqualität, da in geschlossenen Räumen die Anzahl von Krankheitserregern in der Raumluft steigen kann. Durch das Lüften wird die Zahl möglicherweise in der Luft vorhandener erregerhaltiger, feinsten Tröpfchen reduziert.

Dienstreisen und Präsenzveranstaltungen wie Besprechungen sollten auf das absolute Minimum reduziert und alternativ soweit wie möglich technische Alternativen wie Telefon- oder Videokonferenzen zur Verfügung gestellt werden.

Zutritt betriebsfremder Personen sind nach Möglichkeit auf ein Minimum zu beschränken. Kontaktdaten betriebsfremder Personen sowie Zeitpunkt des Betretens/Verlassens der Arbeitsstätte / des Betriebsgeländes sind möglichst zu dokumentieren. Betriebsfremde Personen müssen zusätzlich über die Maßnahmen informiert werden, die aktuell im Betrieb hinsichtlich des Infektionsschutzes vor SARS-CoV-2 gelten.

Es sind betriebliche Regelungen zur raschen Aufklärung von Verdachtsfällen auf eine COVID-19-Erkrankung zu treffen. Insbesondere Fieber, Husten und Atemnot können Anzeichen für eine Infektion mit dem Coronavirus sein. Hierzu ist im Betrieb eine möglichst kontaktlose Fiebmessung vorzusehen. Beschäftigte mit entsprechenden Symptomen sind aufzufordern, das Betriebsgelände umgehend zu verlassen bzw. zuhause zu bleiben. Bis eine ärztliche Abklärung des Verdachts erfolgt ist, ist von Arbeitsunfähigkeit des Beschäftigten auszugehen. Die betroffenen Personen sollten sich umgehend zunächst telefonisch zur Abklärung an einen behandelnden Arzt oder das Gesundheitsamt wenden. Der Arbeitgeber sollte im betrieblichen Pandemieplan Regelungen treffen, um bei bestätigten Infektionen diejenigen Personen (Beschäftigte und wo möglich Kunden) zu ermitteln und zu informieren, bei denen durch Kontakt mit der infizierten Person ebenfalls ein Infektionsrisiko besteht.

Die Corona-Krise bedroht und verunsichert nicht nur Unternehmen, sondern erzeugt auch bei vielen Beschäftigten große Ängste. Weitere zu berücksichtigende Aspekte hinsichtlich psychischer Belastungen sind u.a. mögliche konflikthafte Auseinandersetzungen mit Kunden, langandauernde hohe Arbeitsintensität in systemrelevanten Branchen sowie Anforderungen des Social Distancing. Diese zusätzlichen psychischen Belastungen sollen im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung berücksichtigt und darauf basierend geeignete Maßnahmen ergriffen werden.

*Arbeitsmedizinische Vorsorge und Schutz besonders gefährdeter Personen
Arbeitsmedizinische Vorsorge ist den Beschäftigten zu ermöglichen, beziehungsweise anzubieten. Beschäftigte können sich individuell vom Betriebsarzt beraten lassen, auch zu*

besonderen Gefährdungen aufgrund einer Vorerkrankung oder einer individuellen Disposition. Ängste und psychische Belastungen müssen ebenfalls thematisiert werden können. Der Betriebsarzt / die Betriebsärztin kennt den Arbeitsplatz und schlägt dem Arbeitgeber geeignete Schutzmaßnahmen vor, wenn die normalen Arbeitsschutzmaßnahmen nicht ausreichen. Gegebenenfalls kann der Arzt / die Ärztin der betroffenen Person auch einen Tätigkeitswechsel empfehlen. Der Arbeitgeber erfährt davon nur, wenn der/die Betreffende ausdrücklich einwilligt. Arbeitsmedizinische Vorsorge kann telefonisch erfolgen; einige Betriebsärzte / Betriebsärztinnen bieten eine Hotline für die Beschäftigten an.

Sie führten des weiteren folgendes aus:

„Für die Überwachung des Arbeitsschutzes sind die Amtsleiter/innen verantwortlich.“

Es muss sich bei dieser Antwort um ein Missverständnis handeln. In der Wirtschaft überwachen Berufsgenossenschaften oder Gewerbeaufsichtsämter die Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen. Wie ist dies bei Behörden?

Frage: Haben Sie ihre Pflichten als Arbeitgeber für den Arbeitsschutz auf die Amtsleiter übertragen?

Sie führten weiterhin folgendes aus:

„Da der Arbeitgeber die erforderlichen Schutzmaßnahmen sicherstellt, besteht auch eine Pflicht der Beschäftigten zur Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen, so dass eine Nichtteilnahme arbeitsrechtliche Konsequenzen haben könnte.“

Dazu führt das BMAS beispielsweise folgendes aus:

[Bin ich verpflichtet, Dienstreisen anzutreten und an dienstlichen Veranstaltungen teilnehmen?](#)

Grundsätzlich sind Arbeitnehmer verpflichtet, die arbeitsvertraglich geschuldeten Arbeitsleistungen, wozu auch Dienstreisen und dienstliche Veranstaltungen zählen, zu erbringen. Allerdings kann ein Leistungsverweigerungsrecht bestehen, wenn dem Arbeitnehmer die Erbringung seiner Arbeitsleistung unzumutbar ist (§ 275 Abs. 3 BGB). Eine Unzumutbarkeit ist z. B. dann gegeben, wenn die Arbeit für den Betroffenen eine erhebliche objektive Gefahr oder zumindest einen ernsthaften objektiv begründeten Verdacht der Gefährdung für Leib oder Gesundheit darstellt. Dies ist im Einzelfall zu entscheiden.

Frage: Wie gehen Sie in der Kreisverwaltung mit diesen Fragen um?

Um das Ganze abschließend noch einmal ins Verhältnis zu setzen, möchte ich auf folgendes verweisen:

Die derzeitige geringe Anzahl an Infizierten in der Uckermark bedingt, dass die Wahrscheinlichkeit, auf einen Infizierten zu treffen, sehr gering ist. Dies ist der Hauptgrund dafür, dass die Bilanz gut ist. Gremiensitzungen sind grossenteils gestrichen bzw. auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Irgendwann wird aber der Rückstau aufgelöst werden müssen.

Und es wird anders: Die Lockerung der rigiden Bestimmungen wird, nach offiziellen statements aus der Bundesregierung, davon abhängig gemacht, dass das Gesundheitswesen nicht überlastet wird. Als Massstab dient die Kapazität der Beatmungsplätze. Hier besteht

zur Zeit nur eine Auslastung von etwa 50%. Wegen der Lockerungen rechnet die Fachwelt mit einer Zunahme der Erkrankungen bzw. Todesfällen. Nach wie vor haben wir in der Bundesrepublik eine Zunahme der Zahl der bestätigten Infizierten. Die Uckermark wird davon nicht verschont bleiben.

Ergebnisse darüber, inwiefern die allgemeinen Massnahmen wie Abstandhalten Händedesinfektion und Nase-Mund-Schutz dennoch Infektionen nicht verhindern konnten liegen nicht vor. Das heisst aber nicht, dass es sie nicht gibt.

Für die Menschen bleibt damit eine hohe Unsicherheit. Wie gut, dass die Landesregierung risikofreie Gremiensitzungen erlaubt.

gez. Dr. Gerlach/ 04.05.2020